

2005 wurde der Nachrichtenkoordinator wieder abgeschafft. Als Ersatz dafür wurden dann Plattformen für die Zusammenarbeit von DAP und SND in den Bereichen Terrorismus, Proliferation und organisierte Kriminalität ins Leben gerufen. Die Delegation beschäftigte sich intensiv mit diesem neuen Instrument, das den Nachrichtenkoordinator ersetzen sollte. Inzwischen hat sich der Verdacht bestätigt, dass SND und DAP vor allem deshalb eine verbesserte Zusammenarbeit gelobt hatten, um den lästigen Nachrichtenkoordinator loszuwerden. Die Delegation machte sich dann selber ein Bild von diesen Plattformen. Ich fasse zusammen, was der ehemalige Präsident der Delegation dazu an anderer Stelle gesagt hat: Die Plattformen seien, gut gesagt, ein Flop, sie seien unbrauchbar und hätten ihr Ziel nicht erfüllt. Der Bundesrat zeigte sich noch vor einem Jahr von den Plattformen überzeugt und sah im Bereich der Nachrichtendienste keinen Handlungsbedarf. Für die Delegation waren die anhaltenden Mängel in Führung und Zusammenarbeit der Nachrichtendienste so gravierend, dass sie das Zepter selber in die Hand nahm. Ihr damaliger Präsident, alt Ständerat Hans Hofmann, lancierte eine parlamentarische Initiative (07.404), durch die er zusammen mit der Delegation den Bundesrat dazu verpflichten wollte, die Nachrichtendienste unter eine gemeinsame Führung zu stellen.

Diese parlamentarische Initiative hat die ersten Hürden der beiden Räte genommen. Die GPDel wurde beauftragt, einen Entwurf zu erarbeiten. Ihre GPK hat ihn bereits behandelt und zuhanden des Plenums verabschiedet; er wird in der Sommersession traktandiert werden. Als Parlament werden wir gefordert sein, den Bundesrat zu zwingen, das zu tun, was er seit Jahren nicht getan hat.

Ich möchte an dieser Stelle noch den Kollegen den gebührenden Dank abstellen, die in den letzten vier Jahren die Delegation geleitet und ihre Arbeit geprägt haben. Es ist zum einen unsere Kollegin Leumann – sie war Präsidentin in den Jahren 2004 und 2005 –, und zum anderen ist es unser ehemaliger Kollege Hans Hofmann, Präsident in den Jahren 2006 und 2007. Ich danke auch Franz Wicki, welcher der Delegation am längsten angehört hatte und demzufolge über den grössten Erfahrungsschatz verfügte. Die neue GPDel wird sich zweifellos finden. Meines Erachtens ist Kontinuität bei der Delegation sehr wichtig, damit sie als starker Partner der kontrollierten Dienste auftreten kann.

David Eugen (CEg, SG): Ich möchte das Einleitungszitat von John Stuart Mill aufgreifen, das über dem Geschäftsbericht prangt und besagt, man solle sich melden, wenn einem etwas bedenklich erscheine. Ich möchte das tun, und zwar bezüglich der Aussenpolitik, auch etwas aus aktuellem Anlass.

Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, dass ich es für bedenklich halte, dass sich unsere schweizerische Aussenpolitik im Iran engagiert, damit Schweizer Firmen Gaskraftwerke beliefern können, die in Italien gebaut werden. Dabei geht es mir nicht um die Frage, ob Gas geliefert wird oder nicht. Ich finde es auch richtig, dass die Schweizer Firmen diese Gaskraftwerke bauen können, wenn sie sie bauen wollen. Ich finde es aber nicht richtig, dass sich die schweizerische Aussenpolitik im Gebiet Nahost engagiert; denn der Präsident dieses Landes, wir wissen es, Herr Ahmadinejad, betreibt eine sehr konfrontative Aussenpolitik auch gegenüber Europa, wo wir leben. Er ist unberechenbar. Er betreibt eine Aussenpolitik, die der Verbreitung der Atomwaffen das Wort spricht. Ich finde, die schweizerische Aussenpolitik sollte diese Art Politik in keiner Weise unterstützen – auch dann nicht, wenn es darum geht, geschäftlichen Interessen, die ich durchaus achte, zum Durchbruch zu verhelfen.

Ich denke, das darf man hier bei der Behandlung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission als Meinung so zum Ausdruck bringen.

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Ich möchte an dieser Stelle der Geschäftsprüfungskommission für die grosse

Arbeit und auch für die Berichterstattung recht herzlich danken!

*Vom Bericht wird Kenntnis genommen
Il est pris acte du rapport*

08.005

Schweizer Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der Nato. Bericht

Délégation suisse auprès de l'Assemblée parlementaire de l'OTAN. Rapport

Erstrat – Premier Conseil

Bericht Nato-Delegation 31.12.07
Rapport Délégation OTAN 31.12.07

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.08 (Erstrat – Premier Conseil)
Nationalrat/Conseil national 20.03.08 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Sie haben einen schriftlichen Bericht erhalten. Der Berichterstatter, Herr Maissen, verzichtet auf das Wort.

*Vom Bericht wird Kenntnis genommen
Il est pris acte du rapport*

07.471

Parlamentarische Initiative Bonhôte Pierre.

Begrenzung der Ausgaben für Wahlen

Initiative parlementaire Bonhôte Pierre. Limitation des dépenses électorales

Vorprüfung – Examen préalable

Einreichungsdatum 04.10.07

Date de dépôt 04.10.07

Bericht SPK-SR 22.01.08

Rapport CIP-CE 22.01.08

Ständerat/Conseil des Etats 18.03.08 (Vorprüfung – Examen préalable)

Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

Antrag der Minderheit

(Maury Pasquier, Cramer, Hêche)

Der Initiative Folge geben

Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

Proposition de la minorité

(Maury Pasquier, Cramer, Hêche)

Donner suite à l'initiative

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Es liegt ein schriftlicher Bericht der Kommission vor.



Büttiker Rolf (RL, SO), für die Kommission: Sie haben den entsprechenden Bericht zu diesem Thema erhalten. Die Kommission beantragt Ihnen mit 7 zu 3 Stimmen, der parlamentarischen Initiative Bonhôte keine Folge zu geben. Warum kommen wir in diesem Zusammenhang zu diesem Beschluss?

Man würde die Realität ja verneinen, wenn man sagte, es sei in diesem Bereich alles bestens, es sei alles in Ordnung, es sei alles so, wie man das in einem perfekten Staat mit einer direkten Demokratie feststellen können wolle. In diesem Sinne ist gegenüber der Minderheit auch zuzugeben, dass es auch in der Schweiz bei Abstimmungs- und Wahlkampffinanzierungen zum Teil, würde ich sagen, unschöne Dinge, staatspolitisch bedenkliche Eiterbeulen gibt und auch gegeben hat. Viele sagen natürlich, wenn sie diese Dinge sehen, dass es auch Feuer gibt, wo es Rauch hat.

Die Schweiz ist mit diesem Problem zweifellos nicht alleine, auch nicht damit, das Problem erkannt und dann doch nicht gelöst zu haben. Es gibt ja Länder, die Lösungen gefunden haben. Aber Sie sehen, in der Praxis sind diese Lösungen dann jeweils nicht sehr viel mehr wert als das Papier, auf dem sie stehen. Gesucht wäre in dieser Situation eine allseits praktikable, durchsetzbare, kontrollierbare, sanktionsfähige Lösung.

Wenn man nun die Formulierung der parlamentarischen Initiative Bonhôte anschaut, stellt man fest, dass sie diesen Anforderungen überhaupt nicht gerecht wird. Sie ist überhaupt etwas seltsam formuliert, hat auch einen sehr begrenzten und einengenden Sinn und wird eben den Problemen, die wir ja auch zum Teil zugeben, nicht gerecht.

1. Mich und auch die Kommission hat etwas erstaunt, dass die ganze Sache nur die eidgenössischen Wahlen beschlägt, dass also die ganzen Problematiken bei den eidgenössischen Abstimmungen ausgeblendet wären.

2. Auch die Majorzwahlen bei den eidgenössischen Wahlen, also die Ständeratswahlen, die kantone Wahlen und in Bezug auf die Finanzierung auch nicht ganz unproblematisch sind, sind nicht beschlagen.

3. Die Initiative erwähnt «eine politische Partei und die sie unterstützenden Gruppierungen». Da kann man natürlich die Frage stellen, was das heisst, wie das definiert und abgegrenzt und vor allem wie das kontrolliert wird. Das System mit dieser Obergrenze, das Herr Bonhôte vorschlägt, muss ja noch zwischen dem Bund, den Kantonen und Gemeinden koordiniert werden. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass der Kandidat oder die Kandidatin oft auch noch etwas aus dem eigenen Sack beisteuert. Wie wird das dann in Bezug auf diese Obergrenze kumuliert und abgegrenzt, und wer entscheidet im Zweifelsfall, wie das sein soll?

Die Frage der Sanktionen wird natürlich in der parlamentarischen Initiative überhaupt nicht gestellt. Wie wird sanktioniert, wenn es zu Übertretungen der sogenannten Obergrenze kommt? Im Übrigen war man sich auch in der Kommission einig: Wenn man die Praxis in unserem Lande anschaut, sieht man, dass es Grenzen des Mitteleinsatzes in dem Sinne gibt, dass es auch einen abnehmenden Grenznutzen gibt. Ab einer gewissen Höhe und einem gewissen Einsatz findet ein sogenannter Overkill statt, der gerade auch bei Wahlen festzustellen ist und bei welchem das Ganze dann kontraproduktiv wird.

Fazit: Mit der Formulierung der Initiative werden mehr Fragen aufgeworfen als Antworten auf die zugegebenermaßen bestehenden Probleme gegeben.

Deshalb beantragt Ihnen die Kommission mit 7 zu 3 Stimmen, der parlamentarischen Initiative Bonhôte keine Folge zu geben. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen.

Maury Pasquier Liliane (S, GE): Comment circonscrire les liens entre argent et politique? Jusqu'où faut-il aller en matière de transparence ou de réglementation? Ces questions ne sont pas nouvelles, car notre démocratie a toujours eu besoin de moyens pour fonctionner correctement. Depuis 1975 déjà, de multiples interventions parlementaires ont été déposées dans le but de légitimer sur le financement des partis – doit-il être privé ou public? –, des votations et des

campagnes électorales. Même si le rôle des partis est désormais inscrit dans la Constitution et que le Conseil national a donné suite à l'initiative parlementaire Gross Andreas 03.436 visant à renforcer leur visibilité, les propositions de minorité en faveur d'un financement transparent des partis et/ou d'un contrôle des dépenses qu'ils engagent dans les campagnes de votation et d'élection ont toutes été balayées jusqu'à ce jour.

Si la question n'est pas nouvelle, le contexte est pourtant nouveau. L'initiative dont nous débattons aujourd'hui a été déposée en octobre 2007, en plein cœur d'une campagne électorale de tous les records. Jamais les sommes dépensées n'ont été aussi élevées, et jamais le déséquilibre entre les ressources à disposition des différents partis n'a été aussi grand. Selon l'institut d'étude de marché zurichois Media Focus, l'UDC a ainsi investi 16,4 millions de francs dans la campagne 2007, un chiffre qui conduit un journaliste du «Temps» à constater que: «Face à tant de moyens, la tâche des autres partis s'annonce compliquée» parce qu'«en matière de ressources de financement, un fossé s'est creusé entre l'UDC et les autres partis».

Ainsi, pour la seule période allant de juillet à septembre 2007, ce parti a déboursé 7,4 millions de francs, soit plus de la moitié des 14,6 millions de francs dépensés par l'ensemble des partis, lesquels, dans ce laps de temps, suivent l'UDC dans l'ordre suivant: le Parti radical-démocratique, 20 pour cent des dépenses totales; le Parti socialiste, 9 pour cent; le Parti démocrate-chrétien, 8 pour cent; le Parti écologiste, 2 pour cent.

Ce phénomène nouveau pose plusieurs problèmes. Il ne s'agit pas tant d'un débat égalitaire en tant que tel, bien que des experts comme le constitutionnaliste et spécialiste du financement des partis, Tiziano Balmelli, reconnaissent l'importance de «favoriser une certaine égalité des chances dans l'accès aux fonctions politiques», et ce aussi afin d'assurer une représentation égale de la population. Non, il s'agit bien plus de garantir la libre formation de l'opinion des citoyennes et des citoyens, en accord avec l'article 34 de la Constitution fédérale; celle-ci stipule aussi que «les partis politiques contribuent à former l'opinion et la volonté populaires» (art. 137). Puisque, à leur tour, les entreprises qui versent une contribution influencent la ligne des partis – sans quoi elles n'auraient pas d'intérêt à verser une contribution –, ces influences doivent rester limitées et équilibrées entre elles, afin de ne pas fausser le débat démocratique.

Le plafonnement des dépenses proposé par l'initiative parlementaire Bonhôte représente l'une des solutions pour préserver le débat démocratique. La solution proposée par Monsieur Bonhôte a l'avantage d'être limitée au cadre des élections fédérales, ce qui est donc tout à fait de notre compétence. Elle va dans le sens d'une «réglementation ciblée», d'un «encadrement des formes de la publicité électorale pendant une période limitée précédant les scrutins», tels que recommandés par l'expert que j'ai déjà cité. Cette solution a en outre l'avantage d'être applicable.

Quoi qu'en dise, il est aisément possible de chiffrer les dépenses publicitaires – comme l'étude dont j'ai rapporté les résultats l'a d'ailleurs fait –, et si d'aucuns doutent que ce contrôle puisse être assorti de sanctions adaptées et effectives, ce doute ne doit pas empêcher d'adopter des mesures. On ne refuse pas de condamner l'escroquerie dans le Code pénal au motif qu'un certain nombre d'escrocs échappent à la justice. Qui plus est, l'initiative parlementaire prévoit aussi d'introduire, à titre préventif, une obligation d'annoncer les dépenses dépassant un certain seuil.

Une autre solution pour garantir la libre formation de l'opinion, c'est celle de la transparence, qui consiste à rendre publique l'origine du financement des campagnes, le but étant que les électrices et les électeurs sachent quels intérêts ils approuvent en glissant leur bulletin dans l'urne. Or, en pleine campagne électorale 2007, le Conseil national n'a pas donné suite à l'initiative parlementaire Nordmann 06.406, qui allait dans ce sens. Cette décision est intervenue malgré le caractère libéral de cette initiative qui ne voulait rien interdire et malgré le fait que 80,6 pour cent des Suisses plébiscitent

la transparence des liens d'intérêts, selon un sondage publié par «L'Hebdo» le 13 septembre 2007. Elle contredit aussi le principe de la transparence du financement des partis politiques, reconnu de manière incontestée par le Conseil de l'Europe dont la Suisse fait partie. Elle va, enfin, à contresens des efforts entrepris dans certains cantons, dont Genève qui a adopté des normes sur la transparence des financements politiques, et au niveau fédéral avec l'obligation désormais imposée aux parlementaires de divulguer leurs liens d'intérêts.

Néanmoins c'est un fait, et nous en prenons acte: la voie de la transparence a été refusée. Quand on voit les scandales liés aux dépenses des partis que connaissent par exemple l'Allemagne ou les Etats-Unis, pourtant soumis à une réglementation rigide en matière de transparence, la limitation des moyens financiers telle que proposée par l'initiative Bonhôte représente une solution alternative face à un problème que l'on ne peut plus nier. Si d'aucuns trouvent sa formulation problématique, le but de l'initiative est pourtant clair. Je vous rappelle du reste que nous en sommes à l'examen préalable et qu'il y aurait moyen, dans une deuxième phase, de clarifier et de mieux formuler le projet d'acte afin de préciser la mise en oeuvre de l'initiative.

Cette initiative parlementaire défend un principe cher aux libéraux, celui de la concurrence, qui permet à la population de choisir librement entre plusieurs offres électorales; elle défend également le «principe de dignité des élections» qui, pour citer Monsieur Tiziano Balmelli, revient à «contrecarrer la forte tendance au consumérisme électoral et à promouvoir un cadre général permettant un vrai débat public autour des problèmes de société et des solutions proposées par les partis».

Au vu de la campagne pauvre en contenu qui s'est déroulée pour les élections fédérales de 2007, nous autres parlementaires ne pouvons qu'appuyer un projet qui vise à ce que les positions que nous défendons au Parlement fassent l'objet d'un débat libre au moment des élections, qui ne soit pas biaisé par l'argent ni accaparé par le parti le plus riche et les groupes d'intérêts qui le financent. Comme le dit le proverbe, l'argent est un bon serviteur et un mauvais maître. Il doit rester un moyen au service de la démocratie, mais ne pas devenir une fin en soi et en menacer le fonctionnement.

C'est pourquoi je vous invite, contrairement à la majorité de la commission, à donner suite à l'initiative parlementaire Bonhôte, en vous rappelant avec Jean-Paul Sartre que, contrairement à nous, «l'argent n'a pas d'idées».

Reimann Maximilian (V, AG): Die parlamentarische Initiative unseres ehemaligen Ratskollegen Pierre Bonhôte hatte in ihrer Stossrichtung offensichtlich zum Ziel, die freie Meinungsbildung im Vorfeld von Wahlen nicht unverhältnismässig durch bestimmte Mittel beeinflussen zu lassen. Allerdings dachte Herr Bonhôte ausschliesslich an finanzielle Mittel. Dass der von ihm vorgeschlagene Weg entsprechend unpraktikabel ist, hat Ihnen unser Kommissionssprecher bereits treffend und gründlich erläutert.

Aber es gibt noch andere Mittel, die politische Meinungsbildung über Gebühr zu beeinflussen, es zumindest zu versuchen. Ich denke da in erster Linie an den anwartschaftlichen Journalismus, der von Medien betrieben wird, die von Gesetzes wegen ausgewogen berichten sollten, es aber häufig nicht tun. Ich denke da natürlich in erster Linie an die SRG. Sie hat es in der Hand, durch Themensetzung, durch einseitige Interviewführung usw. Wahlen und Abstimmungen am meisten zu beeinflussen, und viele SRG-Journalisten erliegen dieser Versuchung leider allzu oft. Aber ebenso wenig, wie ich diese Medieninstrumente gesetzlich weiter reglementieren möchte, so wenig kann auch das von Herrn Bonhôte hervorgezogene Instrument der finanziellen Begrenzung zum Erfolg führen.

Ich glaube, unsere Wählerinnen und Wähler sind mündig genug, sich ihre Meinung unbeeinflusst zu bilden, weshalb kein weiterer gesetzlicher Handlungsbedarf besteht und wir der vorliegenden Initiative guten Mutes und aus Überzeugung keine Folge geben können.

Jenny This (V, GL): Unser ehemaliger Kollege möchte mit seinem Vorstoss für die politischen Parteien eine gesetzliche Obergrenze für eidgenössische Wahlkämpfe festlegen – also nur eidgenössische Wahlkämpfe; die kantonalen Wahlen gehören da nicht dazu.

Dieses Ansinnen scheint mir doch sehr durchsichtig und auch nicht sehr kreativ zu sein. Bekanntlich sind ja Parteien privatrechtlich organisierte Vereine nach dem Zivilgesetzbuch. Nun will Kollege Bonhôte jene Parteien, die offenbar zu erfolgreich arbeiten, in finanzielle Fesseln legen mit der Begründung, die freie Meinungsbildung sei ansonsten gefährdet. Die freie Meinungsbildung sei also gefährdet, wenn jemand zwei, drei Franken mehr zur Verfügung habe. Wieso beschränkt man denn nicht das Migros-Werbebudget? Zwei-felsohne wird die Bäckerei an der Ecke da benachteiligt. Und warum soll ich als Bauunternehmer nicht versuchen, die Mitgliederbeiträge bei der Gewerkschaft Unia zu kürzen? Denn mit diesen Beiträgen bringen sie es fertig, den Arbeitsfrieden zu stören.

Die Frage lautet doch schlicht und einfach: Wollen wir jetzt auch noch die Partien verstaatlichen? Denn als nächster Akt wird die staatliche Parteienfinanzierung folgen; das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Statt über mangelnde Finanzquellen zu jammern, sollten sich diese Parteien mit leeren Kassen eventuell ernsthaft über ihre Politik Gedanken machen. Wieso fehlen ihnen Mitglieder und damit Mitgliederbeiträge? Wieso investiert die Wirtschaft nicht und unterstützt sie nicht? Weil sie eben eine Politik betreiben, die offensichtlich bei jenen nicht ankommt, die Mittel zur Verfügung stellen können.

Der Vorstoss kommt mir wirklich bekannt vor. Überall, wo jemand überdurchschnittlich arbeitet, versucht man ihn zurückzubinden, zum Mittelmass zu bewegen, sei es mit staatlichen Fesseln oder mit einem neuen Gesetz. Glaubt denn wirklich jemand im Ernst, es würden sich nicht Mittel und Wege finden lassen, um diese willkürlich gesetzten Ausgangsgrenzen zu umgehen? Offenbar steckt hinter diesem Vorstoss auch die irrage Annahme, die politische Meinung der Bürgerinnen und Bürger lasse sich kaufen, die Wahlergebnisse seien eine blosse Folge der eingesetzten Mittel, nach dem Motto: «Gib mir genügend Mittel, und ich mache aus einem Kartoffelsack einen Bundesrat.» So einfach geht das nicht, und da wird das Volk massiv unterschätzt. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können sehr subtil zwischen Propaganda und den finanziellen Mitteln bzw. der Sache unterscheiden.

Ich möchte Sie bitten, dieser Initiative keine Folge zu geben.

Abstimmung – Vote

Für Folgegeben ... 6 Stimmen

Dagegen ... 28 Stimmen

Präsident (Brändli Christoffel, Präsident): Damit sind wir bereits am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich zweifle nicht daran, dass Sie die gewonnene Freizeit sinnvoll nutzen werden, und wünsche Ihnen in diesem Sinne einen schönen Tag!

Schluss der Sitzung um 10.15 Uhr

La séance est levée à 10 h 15